Dienstag, 19. Dezember

Kölnische Zeitung

Erste Morgen-Ausgabe

1911 – Nr. 1393

Verantwortlich für den allgemeinen Teil: Walther Jacobs; für den Handelsteil: W. Jutzi; für den Anzeigenteil: F. W. Eales; Verleger und Drucker: M. DuMont Schauberg; Chefredakteur: Ernst Posse; alle in Köln.

Haupt-Expedition: Breite Straße 64.

Vertretungen im Auslande: Amsterdam Seyffardtsche Buchhandlung. Basel F. Festersen & Co. Brüssel General-Vertretung für Belgien: Jul. Kaufmann, 2 rue des Hirondelles. London General-Agentur für Großbritannien und Irland: C. W. West, 69 Cheapside E. C.; Siegle & Co., Ltd., 129, Leadenhall Street E. C.; Saarbachs News Exchange, 16 Jhn Street, Adelphi, Strand W. C.; G. Street & Co. 30 Cornhill; F. Tennan Pain, 21 Farringdon Avenue.

Fernsprecher: Nr. A 5361 • A 5362 A 5363 - A 5364 - A 5365 - A 5366 - A 5367 Redaktion, Anzeigenteil, Expedition und Druckerei sind durch jede dieser 7 Fernsprechleitungen zu erreichen.

Geschäftsstunden: Redaktion von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends; Anzeigenteil und Expedition 8—12 Uhr vorm. und 3—7 Uhr nachm., Druckerei 8—1 Uhr und 3—6½ Uhr.

Bezugspreis in Köln 7 ℳ, in Deutschland 9 ℳ vierteljährlich. Anzeigen 45 ₰ die Zeile oder deren Raum, Reklamen 2.— ℳ. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.

Vertretungen im Auslande: London (Fortsetzung) Wm. Dawson & Sons, Canron House, Bream's Buildings. Madrid E. Capdeville, Plaza de S. Ana 9. Mailand Saarbach's News Exchange, Via Firenze Nr. 1. New York E. Steiger & Co., 49 Murray Street. Manchester E. Lingl & Co., 215 Deansgate. Paris John F. Jones & Co., 31 bis Faubourg Montmartre; Havas, 13 Place de la Bourse; Saarbach's News Exchange, 56 rue de la Victoire; M. Arthaud & Co., 48 rue Faubg. St. Martin. Rotterdam H. Nijgh & van Ditmar. Wien M. Dukes. 1 Wollzeile 6—8 H. Goldschmiedt 1 Wollzeile 11.

Unsern verehrlichen

Postbeziehern

empfehlen wir zu ihrer eigenen Bequemlichkeit wiederholt, die Bezugsquittungen, die von den Briefträgern stets in den letzten 14 Tagen vor Beginn des neuen Vierteljahres vorgezeigt werden, einzulösen. Die Unterschriften der Boten haben volle Gültigkeit.

Die Expedition der Kölnischen Zeitung.

Der Auftakt.

⊞ **Washington**, 5. Dezember.

Mit den dröhnenden Hammerschlägen, die gestern mittag Senat und Haus zur Ordnung riefen, ist der Form nach der neue Kongreß zu seiner ersten regelmäßigen Sitzung zusammengetreten; in Tat und Wahrheit aber haben der Vizepräsident und der Sprecher lediglich das Zeichen zu dem Vorspiel gegeben, das dem großen Drama der nächstjährigen Präsidentenwahl vorausgeschickt zu werden pflegt. Der Kongreß hat in seiner sommerlichen Sondersitzung schon gezeigt, daß er wegen seiner etwas buntscheckigen Zusammensetzung kaum arbeitsfähig ist, und die kommenden Monate werden den Nachweis erbringen, daß er auch nicht arbeitswillig ist, weil seine Hauptaufgabe, Gesetze zu machen, von dem Bestreben, Politik zu machen, allzu stark überschattet wird. Die Gegenwart wird von der Zukunft erstickt, und die Eigenart der Parteiverhältnisse macht die Vernachlässigung des Heute des Morgen wegen leicht verständlich. Es geht um Tod und Leben. Eine Partei, der die hippokratischen Züge schon ins Gesicht geschrieben sind, die aber noch im Besitze der Macht ist und den gewaltigen Regierungsapparat für sich spielen lassen kann, steht einem robusten, pausbackigen Jungen gegenüber, der lediglich auf seine Kraft und sein gutes Recht vertraut und dem aus der Hoffnung auf Beute ungeahnte Kräfte zuströmen sollen. In solchen Zeiten ist das Vaterland nichts, die Partei alles, denn nur die siegende Partei hat Ämter zu vergeben; der Stellenjäger aber sind gar viele. Daneben sind die Geschäftsinteressen wohl zu berücksichtigen, besonders die großen Geldinteressen, denen an einer gefälligen Gesetzgebung und Regierung gelegen ist und auf die eine geschickte Parteipolitik geziemend Rücksicht zu nehmen gezwungen ist. Der Masse und den Wenigen zugleich genehm zu sein, ist freilich schwer, um so schwerer, als deren Interessen hierzulande weiter auseinandergehen als vielleicht sonstwo. Die letzten Jahre haben die Kluft immer deutlicher gezeigt und haben die Probleme so ungestüm in das öffentliche Bewußtsein geworfen, daß gerade der jetzige Kongreß mit gesetzgeberischen Aufgaben von der größten Tragweite überschüttet ist. Sie alle einer Lösung entgegenzuführen, ist aber, wie die Sommertagung schon gezeigt hat, so ziemlich unmöglich, weil die Kräfteverteilung im Kongreß zu unglücklich ist, und weil selbst bei einem Zusammengehen der beiden Häuser das Veto des Präsidenten droht. Eine klare Lösung ist aber nicht nur schwer, sondern auch im jetzigen Augenblick unerwünscht; ein wohltuendes Zwielicht wird für den kommenden Kampf auf beiden Seiten als vorteilhaft empfunden, und so ist die Annahme nicht unberechtigt, daß bis tief in den nächsten Sommer hinein — manche fürchten bis zum Oktober — außerordentlich viel geredet, aber blutwenig getan werden wird, und das alles der Wahl wegen!

Unter den Fragen, die am heißesten brennen und deshalb auch am vorsichtigsten angefaßt werden, erscheint die Tarifrage. Sie war schon vor vier Jahren die Hauptnummer des Wahlkampfes, und die Republikaner siegten mit ihr, weil sie sich für Änderung des Tarifs einsetzten. Sie machten ihr Versprechen auch wahr, aber sehr zum Entsetzen der Mehrzahl ihrer vertrauenden Wähler, denn statt der erhofften Ermäßigung der Zölle brachte der Payne-Aldrichtarif eine merkbare Erhöhung. Um den aufspringenden Unwillen zu dämpfen, erklärte der erste Führer der für den Tarif verantwortlichen Partei, Präsident Taft, daß der neue Tarif der beste sei, der dem Lande je zuteil geworden. Die Tatsachen sprachen aber stärker als die Taftsche Versicherung, und der Präsident mußte ein Jahr später selbst zugeben, daß der Tarif verbesserungsbedürftig sei, worauf er dann seine viel besprochene wissenschaftliche Tarifbehörde einsetzte, deren Funde in den nächsten Wochen teilweise bekannt gegeben werden sollen; in der vorigen Woche hat Taft dann in einer im Rooseveltschen Outlook veröffentlichten Unterredung frank und frei bekannt, daß sein Superlativ übel angewendet war, und daß er seit langem überzeugt sei, daß die Tarifgebarung des Landes übertrieben sei. Man weiß danach, wie Taft sich zur Tariffrage stellt, wenn auch nur sehr im allgemeinen. Aber er steht mit seiner Meinung zwischen den Parteien des Kongresses; die Demokraten, die das Abgeordnetenhaus beherrschen, schwärmen für Finanzzölle, die Republikaner der Senatsmehrheit aber für Schutzzölle, ohne die die immer noch und anscheinend für ewig in den Kinderschuhen steckende Industrie des Landes angeblich nicht leben kann. Mit dieser Frage, die alle berührt, will man den Wahlkampf führen; sie jetzt zu lösen, hieße darum die wirksamste Waffe aus der Hand geben. Sie wird also vertagt werden. Der Präsident wird eine seiner sieben Botschaften, die er dem Kongreß bis Weihnachten zugedacht hat, dem Tarif widmen; den Grundton des Schriftstücks wird man wohl in einer Stelle des Outlook-Artikels finden dürfen, an der es heißt: „Mein Hauptelmwand gegen einen unnötig hohen Tarif besteht darin, daß er Monopole züchtet."

Den Ausdruck dieser monopolfördernden Wirkung des Hochschutzzolls erblickt man allgemein in dem Aufkommen und Weiterwuchern der Trusts. Die Trustbildung ist ja freilich keine Erscheinung der jüngsten Zeit, denn schon vor 21 Jahren hat man es für nötig gehalten, ihnen mit dem Shermanschen Antitrustgesetz Einhalt zu gebieten. Die Folgezeit hat indes gezeigt, daß es ein Instrument war ähnlich dem Lichtenbergschen Messer ohne Klinge, dem das Heft fehlt. Man hat damit operiert, aber wenig geschnitten. Unter Harrison wurden sieben Trustverfolgungen betrieben, unter Cleveland acht, unter McKinley drei; Roosevelts Regierung brachte es auf vierundvierzig, und unter Taft wurden bis jetzt siebenunddreißig Trustklagen eingeleitet, darunter die gegen Öl-, Tabak- und Stahltrust, nachdem das Bundesobergericht das Wörtchen reasonable hineingeschrieben und so einen scharf verurteilten Akt der Gesetzgebung sich angemaßt hatte. In der ersten Botschaft, die der Präsident heute dem Kongreß hat zugehen lassen, beschäftigt er sich ausschließlich mit dem Trustproblem und dem Shermangesetz. Der Gegenstand liegt ihm als Richter ausgezeichnet; trotzdem wird er mit seiner Auffassung, daß das Gesetz gut ist und lediglich der Ergänzung durch ein Strafgesetz bedürfe, auf den entschiedensten Widerstand stoßen, da er ebenfalls zwischen guten und bösen Trusts unterscheidet, indem er von dem neuen Gesetz verlangt, es solle eine Beschreibung derjenigen Wettbewerbsmethoden vornehmen, die unzulässig sind. Über diesen Gedanken sagt er folgendes: „Der Versuch und die Absicht, einen Konkurrenten dadurch unterzubekommen, daß man ihn mit so unprofitabeln Preisen unterbietet, daß er aus dem Geschäft vertrieben wird, oder daß man mit Abnehmern Verträge abschließt, die verlangen, daß der Kunde seine Beziehungen zu andern Lieferanten abbreche, und zahlreiche verwandte Methoden zur Erdrosselung des Wettbewerbs und zur Aufrichtung eines Monopols, sollten mit genügender Deutlichkeit in einem Strafgesetz beschrieben werden, einerseits, um die Regierung in die Lage zu versetzen, ihre Arbeit zu verkürzen, indem sie einzig einen einzigen Missetäter anstatt einer ganzen Verschwörung verfolgt, und anderseits um der Geschäftswelt mehr im einzelnen zu zeigen, was sie zu vermeiden hat." Daneben empfiehlt die Botschaft die Errichtung einer Behörde, die bei der Neugestaltung aufgelöster Körperschaften mitwirken soll, und außerdem legt er den Erlaß eines Gesetzes nahe, das es den Körperschaften ermöglicht, sich eintragen zu lassen.

Neben der Tarif- und Trustfrage erscheinen noch eine ganze Reihe anderer Gegenstände, die indes weniger Aufregung erzeugen werden; die Einführung einer Paketpost, Beihilfen für die Schiffahrt, die Reform des Bank- und Geldwesens, die Errichtung eines Gesundheits- und eines Arbeitsamts, die Schiedsgerichtsverträge mit England und Frankreich und wohl auch mit Deutschland, die Verwaltung des Panamakanals und die Frage der Kanalabgaben sowie voraussichtlich die russische Paßfrage für amerikanische Israeliten. Im Senat und im Haus sind heute schon Vorlagen eingebracht worden, die verlangen, daß der Vertrag mit Rußland vom Jahre 1832 einfach aufgehoben werde, wenn Rußland weiter fortfahre mit seiner unwürdigen Behandlung amerikanischer Bürger. Auch die gestrige Kabinettssitzung hat dieser Paßfrage gegolten, nachdem ein Bericht des Gesandten in Petersburg eben eingetroffen war. Die Regierung befindet sich in einer ziemlich heikeln Lage, namentlich auch mit Rücksicht auf die Wahlen. Jüdische Abordnungen haben im Weißen Hause darauf hingewiesen, daß in New York allein 170 000 jüdische Wahlstimmen abgegeben worden, und die Parteiführer wissen das auch. Dem Drängen, das in den letzten Wochen besonders ungestüm geworden ist, muß also Rechnung getragen werden. Aber eine einfache Kündigung des Vertrags würde Amerika weit mehr schaden als Rußland, denn Amerika hat große wirtschaftliche Interessen im Zarenreiche, die die Geschäftswelt, selbst die jüdische, nicht der Pässe wegen preisgegeben gewillt ist. Sodann tut Amerika genau dasselbe, was es Rußland zum Vorwurf macht, indem es Chinesen, auch russische Chinesen, nicht ins Land läßt. Wenn Rußland sich nicht gutwillig zu einer Lösung der Frage versteht, wird trotz aller starken Worte nichts zu erreichen sein, und damit wird selbst aus der auswärtigen Politik ein Mißton in das Orchester geworfen, das eben zu dem Auftakt für die nächste Präsidentenwahl eingesetzt hat. [Das Abgeordnetenhaus hat den Antrag auf Aufhebung des russischen Handelsvertrags inzwischen, wie in Nr. 1374 gemeldet, nahezu einstimmig angenommen.]

Die Paßfrage.

♂ **New York**, 18. Dez. **(Telegr.)** Präsident Taft hat Rußland mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten den Handelsvertrag vom Jahre 1832 kündigen würden. Damit ist eingetroffen, was in Nr. 1375 vorausgesagt wurde und, nachdem die letzten Tage kein Einlenken Rußlands gebracht hatten, auch geschehen mußte. Die Vereinigten Staaten sind nicht gewillt, Rußland die Verletzung des Handelsvertrages, den die beiden Länder 1832 schlossen, länger hingehen zu lassen. Rußland auf der andern Seite ist nicht gewillt, amerikanische Israeliten, die auf Grund jenes Vertrages und mit amerikanischen Pässen versehen, nach Rußland reisen wollen, freien Eintritt zu gestatten. Von der Art und Weise, wie die Angelegenheit nun weiter im amerikanischen Senat und in der amerikanischen öffentlichen Meinung behandelt werden wird, wird es abhängen, ob der Gegensatz sich in den nächsten Tagen noch weiter zuspitzen wird oder nicht.

Washington, 18. Dez. **(Telegr.)** Die Associated Preß meldet: Wie ein Mitglied des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheiten mitteilt, kündigte Präsident Taft den Handelsvertrag mit Rußland auf eigene Verantwortung in der Erwartung, daß der Senat sein Vorgehen billigen werde.

Deutschland.

Der Kaiser über die Reichspost-Verwaltung.

Berlin, 18. Dez. **(Telegr.)** Das Amtsblatt des Reichspostamts veröffentlicht folgenden an den Reichskanzler gerichteten allerhöchsten Erlaß: „Aus dem mir vorgelegten Bericht über die Entwicklung des Reichspost- und Telegraphenwesens von 1906 bis 1910 habe ich mit Befriedigung ersehen, daß innerhalb dieser weitverzweigten Verwaltung wiederum unverkennbare Fortschritte erzielt worden sind. In besonderm Maße gilt dies von der Ausgestaltung des Fernsprechwesens und der Funkentelegraphie. Letztere erreichte in kurzer Zeit eine beachtenswerte Stufe der Vollkommenheit, nachdem es gelungen ist, die ihren Fortschritt hemmenden, vornehmlich aus der Verschiedenheit der Systeme herrührenden Beschränkungen auf dem Wege internationaler Vereinbarungen sowie durch Gründung der Deutschen Betriebsgesellschaft für drahtlose Telegraphie zu beseitigen und dem freien Wettbewerb die Wege zu öffnen. Nicht minder erfreulich sind die Ergebnisse des in der Berichtszeit zur Einführung gelangten Post-Überweisungs- und Scheckverkehrs, die Fortschritte im Ausbau der Verkehrseinrichtungen innerhalb der deutschen Schutzgebiete, die Verbesserung der Fahrpläne und des Schiffsmaterials auf den Reichs-Postdampferlinien, die Erweiterung des deutschen Untersee-Kabelnetzes durch Herstellung einer direkten Verbindung mit Südamerika. Mit lebhafter Genugtuung erfüllt mich ferner die in der Berichtsperiode durchgeführte Aufbesserung der Besoldungen. Ich erachte es für eine besonders anerkennenswerte Leistung der Verwaltung, daß trotz der durch jene Maßnahme bedingten erheblichen Steigerung der Ausgaben eine nachhaltige Schmälerung der dem Reich zufließenden Reineinnahmen vermieden und im letzten Jahr der Berichtszeit sogar ein Überschuß von zuvor nicht erreichter Höhe erzielt worden ist. Ich ermächtige Sie, dem Staatssekretär des Reichspostamts und den Beamten seiner Verwaltung für ihre treue und erfolgreiche Pflichterfüllung meinen Dank auszusprechen. Neues Palais, den 11. Dezember. Wilhelm I. R."

Ausländisches Holz für Eisenbahnbrücken.

⁂ **Düsseldorf**, 17. Dez. Die Kgl. Eisenbahnbauabteilung Duisburg hatte unter dem 16. Juli 1911 die Lieferung und Verlegung von Brückenhölzern und Bohlenbelag auf dem Wege der Verdingung ausgeschrieben und dabei die Verwendung von australischem Hartholz zur Bedingung gemacht. Darauf hatte der „Zentralverband von Vereinen deutscher Holzinteressenten" (Sitz Düsseldorf) an den Minister der öffentlichen Arbeiten eine Eingabe gerichtet, in der darauf hingewiesen wurde, daß unser deutsches Eichenholz den bisher gestellten Anforderungen stets vollauf genügt und zu Beanstandungen in bezug auf den vorliegenden Verwendungszweck keine Veranlassung gegeben habe. Das Vorgehen der genannten Bauabteilung könne daher nicht als begründet anerkannt werden; unsere einheimische Holzindustrie aber werde ebenso wie die gesamte deutsche Forstwirtschaft durch solche Maßnahmen schwer bedroht. Auch der Staat habe als Holzerzeuger ein besonderes Interesse daran, für solche Anlagen die ausschließliche Verwendung der dazu vorzüglich geeigneten deutschen Eichenhölzer grundsätzlich vorzuschreiben. Endlich wurden durch die Maßnahmen der Duisburger Eisenbahnbauabteilung dem Staat als Verbraucher auch erhebliche Mehrkosten auferlegt; denn der Preis für das ausgeschriebene australische Holz übersteige ganz bedeutend den unseres heimischen deutschen Eichenholzes. Darauf hat nunmehr der Minister folgende erfreuliche Antwort gegeben: „In den wenigen Fällen, in denen nach den angestellten Erhebungen geringe Mengen Brückenbeleghölzer in überseeischem Hartholz ausgeschrieben worden sind, handelte es sich um die Verfolgung bestimmter Zwecke. Ich habe aber die Kgl. Eisenbahndirektionen angewiesen, für solche Bauzwecke allgemein Holzarten der inländischen Forsten zu verwenden."

W **Berlin**, 18. Dez. **(Telegr.)** Der Kaiser nahm heute vormittag im hiesigen Königlichen Schlosse den Vortrag des Staatssekretärs des Reichsschatzamts Wermuth in Gegenwart des Reichskanzlers Dr. v. Bethmann Hollweg und darauf den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen Geheimen Rats v. Valentini entgegen.

W **Berlin**, 18. Dez. **(Telegr.)** An der heutigen Trauerfeier für den sächsischen Militärbevollmächtigten Frhrn. v. Salza und Lichtenau, die auf Wunsch des Entschlafenen nur im engen Kreise abgehalten wurde, nahmen außer den nächsten Angehörigen, Freunden und Bekannten zahlreiche offizielle Persönlichkeiten teil. Die Leiche wurde nach Hochkirch in der sächsischen Oberlausitz übergeführt, wo der Entschlafene in der Familiengruft beigesetzt werden soll.

Heer und Flotte.

W **Berlin**, 18. Dez. **(Telegr.)** Der bayrische Militärbevollmächtigte in Berlin, Generalleutnant Frhr. v. Gebsattel, wurde unter Enthebung von seiner Stellung als Bevollmächtigter zum Bundesrat zum Kommandeur der 2. bayrischen Division in Augsburg ernannt; Oberst Wenninger, Kommandeur der 6. Kavalleriebrigade in Regensburg, wurde vom Prinzregenten zum Nachfolger des Frhr. v. Gebsattel in Berlin bestimmt.

S. M. S. Geier ist am 16. ds. in Poros, S. M. S. Luchs am 15. ds. in Nanking angekommen.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 18. Dez. **(Telegr.)** In Agram ist der ehemalige Führer der Rechtspartei Joseph Frank im Alter von 67 Jahren gestorben. Er war bis zu seiner vor einigen Jahren erfolgten Erkrankung der hervorragendste Führer der ungarnfeindlichen Opposition. Die ungarische Regierung brachte heute ein Gesetz ein, wodurch der Vertrag mit der Seeschiffahrtsgesellschaft Adria um ein Jahr verlängert wird.

Luxemburg.

W **Luxemburg**, 18. Dez. **(Telegr.)** Das Luxemburger Wort meldet: Unter Bezugnahme auf die in verschiedenen auswärtigen Zeitungen aufgetauchten alarmierenden Nachrichten über das Befinden des Großherzogs teilt das Hofmarschallamt mit, daß in dem Zustande des Großherzogs schon seit einigen Tagen eine Verschlimmerung eingetreten sei, die jedoch zu augenblicklichen Besorgnissen keinen Anlaß biete. Auf keinen Fall sei die Ankunft der Großherzogin-Mutter auf Schloß Berg in Zusammenhang mit dem Zustande des Großherzogs zu bringen.

Afrika.

Abessinien. Addis Abeba, 18. Dez. **(Telegr.)** Der Ras Abate wurde abgesetzt. Er war im Juni d. J. aufständisch und sollte sich deshalb verantworten. Nach wiederholter Weigerung, vor dem Thronfolger Liedsch Jeassu zu erscheinen, wurde er jetzt gemaßregelt. Seine Provinzen erhielt der Kriegsminister Fitaurari Habtegeorgis.

Asien.

Persien. ✠ Berlin, 18. Dez. **(Telegr.)** In der deutschfeindlichen Presse wird andauernd versucht, gegen Deutschland eine Waffe aus der Behauptung zu schmieden, daß es die Vorgänge in Persien zu einer Sprengung der russisch-englischen Entente ausnutzen wolle. Bei einiger Überlegung könnte man sich aber sagen, daß für eine solche Behauptung kein verständiger Anlaß vorliegt, denn das englisch-russische Abkommen bezieht sich nur auf Persien, in dem Deutschland lediglich wirtschaftliche Interessen verfolgt. Diesen würde offenbar am schlechtesten gedient sein, wenn die Unruhen und Wirrnisse in Persien sich ins Endlose fortsetzten, während eine Beruhigung immer noch eher zu erwarten besteht, wenn sich das englisch-russische Abkommen aufrechthalten läßt. Bei einer solchen nüchternen Auffassung hat Deutschland viel eher ein Interesse daran, daß dieses Abkommen aufrechterhalten bleibt, da ein Widerstreit zwischen Rußland und England die wirtschaftliche Lage sicherlich nicht verbessern und das entgegengesetzten Einflüssen unterworfene Land noch weniger zur Ruhe kommen lassen würde.

Morgan Shuster und Rußland.

Teheran, 26. Nov. Die Beschlagnahme der Güter des aufständischen Prinzen Schoa es Saltaneh war vom Ministerrat beschlossen und dem amerikanischen Generalschatzmeister durch besondern Erlaß übertragen worden. Von diesem Schritt ist, wie die persische Regierung behauptet, vorher der russischen Gesandschaft Mitteilung gemacht und ihr dabei die Versicherung gegeben worden, alle vermögensrechtlichen Ansprüche, die gegen den Prinzen, besonders von der russischen Bank, erhoben würden, sollten berücksichtigt werden unbeschadet der Beschlagnahme durch den Generalschatzmeister Shuster. Die russische Gesandtschaft soll von dieser Mitteilung ohne weitere Einwendungen Kenntnis genommen habe. Als dann fünf Finanzgendarmen auf Befehl Shusters das Haus besetzen wollten, kam es zum Zusammenstoß mit den von dem russischen Generalkonsul entsandten Kosaken, vor denen sich die Gendarmen zurückzogen. Herr Shuster beschwerte sich bei dem russischen Gesandten darüber, daß sich das Konsulat in Gegensatz zu der von der Gesandtschaft in Aussicht gestellten Haltung setze, und die russischen Kosaken wurden durch 50 Gendarmen unter Führung eines der amerikanischen Mitarbeiter des Herrn Shuster ersetzt, der dem russischen Generalkonsul den Erlaß des persischen Ministerrates noch einmal vorlas und wiederholt erklärte, die russischen Ansprüche sollten in jeder Weise gewahrt bleiben. An diesen Vorfall schließt sich der Streit. Als die beiden russischen Konsulatsdragomane zufällig an dem Hause Schoa es Saltanehs vorbeifuhren, haben, nach russischer Darstellung, die persischen Gendarmen sie beschimpft und bedroht. Die persische Regierung sagt, die beiden Beamten hätten gewaltsam den Eintritt in das umstrittene Haus erzwingen wollen und dabei die persischen Gendarmen aufs gröbste beschimpft. Die persische Regierung verlangte daher in einer Note, daß der Generalkonsul und seine beiden Beamten abberufen würden. Der russische Gesandte hat aber auf Weisung von Petersburg hin die Note am 2. ds. M. mit der scharfen Bemerkung zurückgegeben, er fordere im Namen seiner Regierung die Zurückziehung der Gendarmen und, binnen kürzester Frist, einen Entschuldigungsbesuch des Ministers. Eine solche Demütigung vor Rußland glaubte das Ministerium dem Parlamente gegenüber nicht vertreten zu können und trat zurück, ohne eine Entscheidung herbeigeführt zu haben.

Am 11. ds. M. wiederholte der erste Dragoman der russischen Gesandtschaft in einer Note nochmals die gestellten Forderungen und fügte mündlich hinzu, im Falle der Nichterfüllung müsse die Gesandtschaft die Beziehungen zur persischen Regierung abbrechen, und Rußland werde die durch die Lage gebotenen Maßnahmen in Erwägung ziehen. Die englische Gesandtschaft, um deren Vermittlung die Perser baten, erteilte den dringenden Rat, die russischen Forderungen anzunehmen. Kein persischer Minister wollte die Verantwortung für diesen Schritt übernehmen, und über den Verhandlungen wegen der Kabinettsbildung verging eine weitere Woche. Die russische Gesandtschaft brach die diplomatischen Beziehungen ab und erklärte, die russische Regierung werde Truppen entsenden. Noch am 21. ds., dem Tage, wo die russischen Truppenlandungen in Enseli begannen, übergab der englische Vertreter dem zeitweiligen Minister des Äußern eine Aufzeichnung, worin nochmals Nachgeben empfohlen und gesagt war, die etwa schon gelandeten russischen Truppen würden wohl wieder zurückgezogen werden, wenn sich Persien jetzt bedingungslos füge. Dazu entschloß man sich endlich, der Generalschatzmeister Shuster verlangte, das Kabinett solle die ihm früher erteilte Weisung zur Besetzung des Hauses Schoa es Saltanehs in gleicher Form wieder zurückziehen. Nun wurde in aller Eile ein Rumpfkabinett gebildet, der Gegenbefehl ausgestellt, und am 23. ds. sind die Gendarmen durch Mannschaften der russisch-persischen Kosakenbrigade ersetzt worden. Am 24. ds. erstattete der Minister des Äußern den verlangten Entschuldigungsbesuch. Der russische Gesandte nahm die Entschuldigung mit der Erklärung an, er sei zur Wiederanknüpfung der Beziehungen ermächtigt, müsse aber auf der Regelung seiner weitern Forderungen bestehen, worüber er im einzelnen noch Weisungen seiner Regierung erwarte.

Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen.

Der Aufmarsch der Parteien in Baden.

♡ **Karlsruhe**, 17. Dez. Das Großherzogtum Baden gehört zu den wenigen Ländern mit vorwiegend katholischer Bevölkerung, in denen ein großer Prozentsatz katholischer Wähler der liberalen Partei treu geblieben ist. Obwohl in Baden 60 Prozent der Bevölkerung römisch katholisch sind, hat das Zentrum bei der Reichstagswahl 1907 doch nur 35 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Der liberale Block erhielt rund 34 Prozent, die Sozialdemokraten 24 Prozent. Ähnlich wie in Bayern und in Elsaß-Lothringen spielen auch in unserm Lande Konservative und Bund der Landwirte eine recht bescheidene Rolle; sie bestehen aus den zwei Vertretern des grundherrlichen Adels und einigen evangelisch-orthodoxen Pfarrern. In grellem Mißverhältnis zur Zahl der abgegebenen Stimmen steht aber das tatsächlich im Jahre 1907 erzielte Wahlergebnis: gewählt wurden in den Reichstag acht Zentrumsabgeordnete, zwei Nationalliberale, ein Vertreter des Bundes der Landwirte und drei Sozialdemokraten. Es würde heute zu weit führen, den Gründen nachzuspüren, warum das Zentrum vier Abgeordnetensitze mehr errungen hat, als es nach der auf Zentrumskandidaten gefallenen Gesamtstimmenzahl eigentlich hätte erwarten dürfen; jetzt heißt es, die Scharte von 1907 auswetzen und mit neuem Mut und frischen Kräften in den Kampf zu ziehen. In der Tat sind die Aussichten für den liberalen Block so günstig wie noch nie. Die Nationalliberalen haben ihre örtlichen Vereinigungen ausgebaut; die Mitgliederzahl hat allein im letzten Jahr um 5000 zugenommen. Vor fünf Jahren hatten die Nationalliberalen nur einen Parteisekretär im Nebenamt, heute hat die Partei fünf Sekretäre, die unermüdlich tätig sind. Aufrichtige Anerkennung gebührt ganz besonders dem Generalsekretär der Partei, Rechtsanwalt Dr. Thorbecke-Karlsruhe, der seit drei Jahren seine ganze Zeit und Kraft in den Dienst der Partei stellt. Auch die Auswahl der Kandidaten muß diesmal eine besonders glückliche genannt werden. Nationalliberale und Fortschrittler unterstützen sich in allen Bezirken gegenseitig; auf Grund des Blockabkommens kandidieren in elf Wahlbezirken Nationalliberale, in den drei übrigen Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei. Es besteht sichere Aussicht, daß die beiden nationalliberalen Abgeordneten, die dem Reichstag schon seit 1887 bzw. 1898 angehören, Kommerzienrat Dr. Blankenhorn und Geheimer Regierungsrat Beck, wiedergewählt werden. Das gleiche gilt vom jüngsten Reichstagsabgeordneten — jung deshalb, weil er erst am 27. Oktober d. J. in den Reichstag gewählt worden ist — Gärtner Schmid in Singen. Nachdem sich erst vor wenigen Wochen das katholische Volk im ersten Reichstagswahlkreis Konstanz nicht für den Zentrumskandidaten, Landgerichtsdirektor Frhrn. v. Rüpplin, sondern für den „schlichten Mann aus dem Volke" entschieden hat, steht zu erwarten, daß dieselben Wähler auch am 12. Januar ihrem Vertreter im Reichstag treu bleiben werden. Einen recht glücklichen Griff haben die Nationalliberalen im Bezirk Pforzheim mit der Aufstellung des in Arbeit ergrauten Parteiveteranen, des langjährigen Landtagsabgeordneten Wittum, getan, der auch im ländlichen Bezirk Pforzheim großes Ansehen genießt. Vermutlich wird Wittum auch aus Arbeiterkreisen, die mit dem Ausgang des großen Goldarbeiterstreiks im letzten Jahr unzufrieden und deshalb dem Metallarbeiterverband untreu geworden sind, Stimmen erhalten. Gute Aussichten hat auch der nationalliberale Landwirtschaftsinspektor Vielhauer im Wahlkreis Bretten-Sinsheim, der früher im Besitz der Nationalliberalen war, aber im Jahre 1907 an den Bund der Landwirte verloren ging. Vielhauer ist im Bezirk als Sohn eines Oberbürgermeisters von Eppingen aufgewachsen, und hat durch seine Familie viele Beziehungen zu Landwirten des Bezirks. Infolge seiner dienstlichen Stellung hat er in den letzten zwölf Jahren fast jeden Ort seines Wahlkreises bereist und Land und Leute kennen gelernt. Von den übrigen nationalliberalen Kandidaten erwähnen wir noch Stadtrat Kölsch aus Karlsruhe, der im 7. Wahlkreis Kehl-Offenburg aufgestellt ist, Reallehrer Moll im Bezirk Waldshut-Neustadt und Rechtsanwalt Dr. Rombach im Bezirk Bonndorf-Triberg. Da vor fünf Jahren in allen drei Wahlbezirken das Zentrum nur mit ganz geringer Mehrheit gewählt worden ist, besteht gute Hoffnung, daß es den nationalliberalen Kandidaten gelingen wird, in die Stichwahl zu kommen. Ist dies der Fall, so ist der Sieg so gut wie sicher, da voraussichtlich die Sozialdemokraten bei der Stichwahl den nationalliberalen Kandidaten unterstützen. In den beiden Zentrumsdomänen Baden-Rastatt, wo seit 1871 regelmäßig Geistlicher Rat Lender gewählt wird, und Buchen-Tauberbischofsheim, wo gleichfalls der Zentrumskandidat mit einer Mehrheit von rund 70 Prozent durchgeht, kandidieren für die Nationalliberalen Buchdruckereibesitzer Köblin in Baden und Ratschreiber Leiser in Sindolsheim. Endlich ist noch der nationalliberale Kandidat für den Bezirk Mannheim-Schwetzingen-Weinheim, Geheimrat Gothein in Heidelberg, zu erwähnen, der Hoffnung hat, den Bezirk dem Sozialdemokraten Dr. Frank zu entreißen.

Die drei demokratischen Reichstagskandidaten, die wie oben erwähnt, schon im ersten Wahlgang von den Nationalliberalen unterstützt werden, sind Geheimrat Prof. v. Schulze-Gävernitz in Freiburg, der seit vier Monaten Sonntag für Sonntag Wahlversammlungen abhält, Stadtrat Dr. Haas in Karlsruhe und Fabrikant Himmelsbach in Seelbach. Bei Schulze-Gävernitz und bei Haas kann als sicher gelten, daß sie in die Stichwahl kommen. Da ersterer von den Sozialdemokraten unterstützt wird, kann er sich schon heute als Sieger von Freiburg ansehen; bei Haas liegt die Sache weniger günstig; falls hier wie regelmäßig bei den letzten Reichstagswahlen der Blockkandidat mit dem Sozialdemokraten zur Stichwahl kommt, wird das Zentrum wiederum, wie ein klerikales Flugblatt in wenig geschmackvoller Weise erklärte, „die Hochzeitsfackeln anzünden und dem Sozialdemokraten sein Lieb zuführen", d. h. für den Sozialdemokraten stimmen.

Das Zentrum hat nur in zehn Bezirken einen Kandidaten aufgestellt, darunter seine bisherigen Führer Fehrenbach, Zehnter, Schüler, Lender und Duffner. Der bisherige Zentrumskandidat von Konstanz, Frhr. v. Rüpplin, hat seit seiner Niederlage am 27. Oktober jede Lust an der Tagespolitik verloren und überläßt das Feld einem Güterbestätter von Radolfszell. In den übrigen Wahlbezirken unterstützt das Zentrum die von den Konservativen und dem Bund der Landwirte aufgestellten Kandidaten; bis jetzt haben diese Parteien erst zwei Männer gefunden, die sich bereit erklärt haben, Schleppträger des schwarz-blauen Blocks zu sein: der bisherige Reichstagsabgeordnete Rupp, der im Bezirk Bretten-Sinsheim kandidiert, und der Kreisdirektor von Straßburg, Frhr. v. Gemmingen, ein völliger Neuling in politischen Dingen. Eine Überraschung bieten die bevorstehenden Reichstagswahlen insofern, als zum ersten Male, seitdem es Reichstagswahlen gibt, die Konservativen schon im ersten Wahlgang die Zentrumskandidaten unterstützen! Bisher beschränkte sich das schwarz-blaue Bündnis darauf, daß das Zentrum die Konservativen unterstützte, während letztere im Kampf zwischen Zentrum und Liberalen Gewehr bei Fuß standen. Ein besonderer Vertrag zwischen Konservativen und Zentrum, ähnlich dem liberalen Blockabkommen, braucht nicht geschlossen zu werden, da die Beziehungen zwischen den konservativen Führern und dem Geistlichen Rat Wacker in den beiden letzten Jahren so eng geworden sind, daß sie einer brieflichen Bestätigung nicht mehr bedürfen. Ob allerdings die konservativen Mannschaften, in erster Linie die evangelischen Geistlichen ihren adeligen Führern auf dem betretenen Weg folgen werden, muß abgewartet werden.

Die Sozialdemokraten haben wie immer, in allen Bezirken eigene Kandidaten aufgestellt, darunter wieder Dr. Frank in Mannheim, den „roten Geck" in Karlsruhe, Engler in Freiburg, Lutz in Baden-Baden. Der frühere Abgeordnete Eichhorn, der vor drei Jahren nach Berlin verzogen ist, ist von den Revisionisten in Pforzheim abgesägt worden; an seiner Stelle kandidiert ein Parteisekretär in Karlsruhe. Vermutlich werden die Sozialdemokraten am 12. Januar an Stimmenzahl zunehmen, dagegen an Reichst

⌓ **Solingen**, 18. Dez. Ausgezeichnete Wirkung, namentlich im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen, hatten die Vorträge, die der nationalliberale Landtagsabgeordnete des Kreises Mettmann, Geh. Kommerzienrat Lucas aus Berlin, vor seinen Wählern veranstaltete. Er sprach in Heiligenhaus, Velbert, Neuwiges, Wülfrath, Vohwinkel, Mettmann, Kronenberg und Haan vor insgesamt über 1200 Zuhörern. Fast in allen Orten fand eine lebhafte Erörterung statt, und manche Wünsche örtlicher Art wurden dem Abgeordneten mit nach Berlin gegeben. Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei erklärten, daß sie, namentlich in allen Fragen des Kulturfortschritts, treu zu dem gemeinsamen Abgeordneten der liberalen Parteien halten würden.

⊼ **Kempen**, 18. Dez. Die liberale Vereinigung hat Herrn Bassermann als Zählkandidaten für die Reichstagswahl im Kreis Kempen aufgestellt.

⊡ **Münster**, 17. Dez. Der nationale Wahlverein hat als Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Münster-Coesfeld den Generalsekretär der Nationalliberalen Partei für Westfalen, Zabel, aus Dortmund aufgestellt. Die Fortschrittliche Volkspartei, die eine sehr rege Tätigkeit zeigt, hat den Chefredakteur Kuhle aus Minden aufgestellt.

‡ **Trier**, 18. Dez. (Telegr.) Im Wahlkreis Daun-Prüm-Bitburg hat das Zentrum den bisherigen Abgeordneten Fürsten Löwenstein wiederum als Reichstagskandidaten aufgestellt.

⊕ **Saarbrücken**, 18. Dez. (Telegr.) Der Nationalliberale Wahlverein des Kreises Saarlouis wird der Zentrumskandidatur Roeren eine nationalliberale Arbeiterkandidatur entgegenstellen.

Der Reichshaushaltsetat für 1912.

♁ **Berlin**, 18. Dezember. (Telegr.)

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung veröffentlicht die ersten Zahlen aus dem neuen Reichsetat. In der Einleitung heißt es:

Der Bundesrat beendigt in diesen Tagen die Beratung des Reichshaushalts für 1912, der ihm seit einiger Zeit vorliegt. Obgleich der Reichstag erst im Februar zusammentreten wird, nehmen wir doch an, daß demnächst wieder, wie in frühern Jahren, Auszüge aus dem Etat mitgeteilt werden. Schon das wenige, was bisher über den Etat bekannt geworden ist, hat dazu genügt, um die Diskussion darüber anzufachen, ob die verbündeten Regierungen in ausreichendem Maße darauf bedacht sind, daß unsere militärischen Machtmittel der Sicherung des Landes und seiner stetigen Entwicklung für alle Fälle Rechnung tragen. Den in dieser Weise mit dem bevorstehenden Etat in Verbindung gebrachten Erörterungen muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Die Nation weiß, daß die verbündeten Regierungen in der Erhaltung und Entwicklung unserer Wehrmacht allezeit eine ihrer ernstesten Aufgaben erblicken und nie zögern werden, danach zu handeln.

Über den Aufbau des neuen Etats sind der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung schon jetzt die folgenden allgemeinen Mitteilungen zugegangen:

I. Der Reichshaushaltsetat. 1. Das Etatsgesetz enthält die Bestimmung, daß ein etwaiger Überschuß in den eigenen Einnahmen des Reichs sowie ein das Soll übersteigender Betrag an Überweisungssteuern zunächst zur Abbürdung der bisher der Heeresverwaltung zur Beschaffung von Reserven an Verpflegungsmitteln und Materialien sowie der Marineverwaltung zur Bereitstellung von Betriebsmitteln für die Bekleidungsämter gewährten Vorschüsse, sodann zur Deckung von außerordentlichen Ausgaben, die nach den Anleihegrundsätzen auf den ordentlichen Etat gehören, endlich zur Tilgung der Anleihe zu verwenden ist, die zur Deckung der gestundeten Matrikularbeiträge der Jahre 1906 bis 1908 und der Fehlbeträge der Jahre 1907 und 1908 begeben wurde. Eine gleiche Verwendung wird für das Ergebnis des Rechnungsjahres 1911 in Aussicht genommen. 2. Das Etatsgesetz stellt, wie im Vorjahre, die Ermächtigung des Reichskanzlers außer Zweifel: den zur Schuldentilgung bestimmten Betrag entweder vom Soll der Anleihe abzuschreiben oder, wie dies dem § 5 der Reichsschuldenordnung zunächst entspricht, zum Rückkauf von Schuldverschreibungen zu verwenden; ein gleiches wird auch für die Beträge festgestellt, die nach dem Ergebnis des Rechnungsjahres 1911 zur Deckung der im § 4 Abs. 1 des Etatsgesetzes vom 7. April 1911 (Reichsgesetzbl. S. 113) bezeichneten Ausgaben bestimmt ist. 3. Der Schatzanweisungskredit wird von 375 auf 350 Millionen Mark herabgesetzt. 4. Der Fehlbetrag des Rechnungsjahres 1909 hat am Schluß des Rechnungsjahrs 1910 nur noch 5 233 225 ℳ betragen, die 1911 getilgt werden. Die durch den Etat für 1911 darüber hinaus bereitgestellten 34 543 904 ℳ sollen nach dem Etatsgesetz zur Abbürdung der für gestundete Matrikularbeiträge und frühere Fehlbeträge begebenen Anleihe verwendet werden. 5. Der ordentliche Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 684 890 367 ℳ ab. Das wäre gegen die Summe des Vorjahres (2 707 814 248 ℳ) ein Weniger von 22 923 881 ℳ. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß im Etat für 1911 die Überweisungen mit 163 492 700 ℳ als Ausgabe erscheinen, während sie jetzt gegen die Matrikularbeiträge aufgerechnet werden. (Vgl. Ziffer 17.) Es ergibt sich daraus, daß der neue Etat tatsächlich ein Mehr von (163 492 700 ℳ weniger 22 923 881 ℳ) 140 568 819 ℳ bringt. 6. Die Mehrerträge aus den bestehenden Zöllen, Steuern und Gebühren sowie den Ausgleichungsbeträgen dafür sind auf 78 073 672 ℳ angenommen. 7. Die Überschüsse im ordentlichen Etat sind veranschlagt: a) bei der Post auf 89 013 929 ℳ, d. i. gegenüber 1911 mehr 17 448 714 ℳ, b) bei der Reichsdruckerei auf 3 138 347 ℳ, d. i. weniger 549 844 ℳ, c) bei der Eisenbahnverwaltung auf 23 575 149 ℳ, d. i. mehr 4 807 654 ℳ. 8. Aus dem Bankwesen werden erwartet 15 938 000 ℳ, d. i. gegen 1911 mehr 348 000 ℳ. 9. Der Reichsinvalidenfonds ist aufgezehrt. 10. Die ungedeckten Matrikularbeiträge sind nach dem Satze von 80 ₰ für den Kopf der Bevölkerung von 1910 auf 51 940 794 ℳ bemessen. 11. Die im Vorjahr in einem besondern Etat ausgebrachten Kosten der Heeresverwaltung aus Anlaß des Friedenspräsenzgesetzes von 1911 sind in den allgemeinen Etat der Verwaltung des Reichsheeres eingestellt. 12. Der Etat bringt zum ersten Male Ausgaben für die Hinterbliebenenversicherung, denen eine entsprechende Einnahme aus dem Hinterbliebenenversicherungsfonds gegenübersteht. Der Bestand des Hinterbliebenenversicherungsfonds in Wertpapieren beläuft sich nach dem Stande vom 16. Oktober 1911 auf 51 817 600 ℳ (Nennwert). 13. Zur Schuldentilgung werden bereitgestellt: a) von der Postverwaltung 3 078 469 ℳ, b) von der Eisenbahnverwaltung 692 254 ℳ, c) von Togo 50 474 ℳ, d) von Südwestafrika 243 732 ℳ, e) aus allgemeinen Reichsmitteln 61 000 000 ℳ, f) der Überschuß aus dem Münzwesen mit 20 200 000 ℳ. 14. Nach Ziffer 13 sollen zur Schuldentilgung insgesamt 85 264 929 ℳ aufgewendet werden gegen 114 946 565 ℳ im Vorjahr. Soweit hiermit Schuldverschreibungen angekauft werden, wachsen entsprechende Beträge der für 1912 zu begebenden Anleihe zu. Abgesehen hiervon ist die Anleihe mit 43 758 372 ℳ gegen 97 500 000 ℳ im Vorjahr in Aussicht genommen.

Die auf den außerordentlichen Etat übernommenen Ausgaben, so schreibt die Auslassung, betreffen Post, Eisenbahnen, Kleinwohnungen, den Bau und die Ausrüstung von Befestigungen sowie den Zuschuß zu den Kosten der Schiffbauten aus Anlaß des Flottengesetzes. Das Ziel, nur Ausgaben zu werbenden Zwecken aus Anleihemitteln zu bestreiten, hat sich noch nicht erreichen lassen, wohl aber ist man ihm näher gekommen. In der Anleihesumme stecken noch Ausgaben zu nicht werbenden Zwecken von 12 619 572 ℳ.

Um Marokko.

✡ **Wien**, 18. Dez. (Telegr.) Halbamtliche Erklärungen in der Wiener Politischen Korrespondenz und in der Wiener Allgemeinen Zeitung treten den mehrfachen Preßerörterungen über die Gründe entgegen, weshalb Österreich-Ungarn seine formelle Zustimmung zum Marokko-Abkommen auf einen spätern Zeitpunkt verschoben habe, und stellen fest, daß dieser Aufschub nicht auf eine etwaige Absicht zurückzuführen sei, Österreich-Ungarns Stellung zum deutsch-französischen Vertrag zum Anlaß einer Erörterung des gesamten wirtschaftspolitischen Verhältnisses zwischen der Monarchie und Frankreich oder finanzieller Pläne zu nehmen. Die Monarchie werde dem Abkommen formell zustimmen, sobald sich die österreichische und die ungarische Regierung über die Einzelheiten des Abkommens, mit denen sie sich gegenwärtig beschäftigen, geäußert haben würden. Dabei werde es sich wohl im wesentlichen um die Frage handeln, ob die Gleichheit in der Behandlung der verschiedenen wirtschaftlichen Interessen und das Prinzip der offenen Tür in Marokko, wie sie in der Akte von Algeciras festgesetzt sei, auch von dem neuen Abkommen unberührt gelassen würden; da diese Frage in bejahendem Sinne zu beantworten sei, dürfe man wohl annehmen, daß beide Regierungen bei der Prüfung des Abkommens keinen Anlaß zu Bedenken finden würden. Nach der Wiener Allgemeinen Zeitung dürfte sich als notwendig erweisen, das Abkommen als Abänderung des inartikulierten Algeciras-Vertrags durch das ungarische Parlament genehmigen zu lassen.

○ **Paris**, 18. Dez. (Telegr.) In der heutigen Kammersitzung rechtfertigte Long, Berichterstatter der Kommission, den deutsch-französischen Vertrag; danach sprach der Ministerpräsident Caillaux; bei Abgang des Telegramms hieß es in den Wandelgängen, Jaurès habe sich zum Wort gemeldet.

Öffentliche Vorträge.

Wissenschaftliche Ballonfahrten.

✕ **Köln**, 17. Dez. Die erste Höhenfahrt, die wissenschaftlichen Zwecken dienen sollte, unternahm bereits im Jahre 1784 Jeffries mit Blanchard von London aus. Auch der berühmte französische Physiker Gay-Lussac stieg verschiedene Male auf und erreichte einmal allein die Höhe von 7000m. Im Jahre 1872 unternahmen Croce-Spinelli und Sivel eine Hochfahrt, um zu erproben, ob durch das Einatmen von Sauerstoff die übeln Einwirkungen stark verdünnter Luft beseitigt werden könnten. Bei einer zweiten Hochfahrt, an der auch Tissandier teilnahm, erlagen beide in etwa 8600m der Höhenkrankheit. Von den wissenschaftlichen Fahrten der letzten zwanzig Jahre sind, wie Prof. Dr. Bermbach in einem Vortrage im Verein zur Förderung des Museums für Naturkunde ausführte, die bei weitem wichtigsten die von Aßmann, Berson, Groß und Süring unternommenen, die wesentlich unsere Ansichten über die Eigenschaften der Atmosphäre erweiterten. Aus dem Verlauf der Dämmerungserscheinungen, dem Auftreten der leuchtenden Nachtwolken beim Ausbruch des Krakatau und aus einem Schallphänomen, das beim Bau der Jungfraubahn beobachtet wurde, hat man geschlossen, daß in 11km Höhe die Dichte der Luft sich ziemlich plötzlich ändert, ebenso in 70 und 214km Höhe. In der untersten Schicht, der Troposphäre, bilden sich die Wolken, in der zweiten, der Stratosphäre, herrscht beständig eine Kälte von —55°, und die dritte besteht größtenteils aus Wasserstoff. Bei wissenschaftlichen Höhenfahrten muß die Höhe, in der sich der Ballon in dem Augenblick befindet, in dem die Messung vorgenommen wird, genau ermittelt werden. Aneroidbarometer sind dazu nicht genau genug, da elastische Nachwirkungen eintreten; man benutzt deshalb Quecksilberbarometer. Auch für die Temperaturmessung ist ein gewöhnliches Thermometer nicht verwendbar, da es sich zu langsam einstellt; dazu übt die Bestrahlung durch die Sonne einen störenden Einfluß aus, der so groß sein kann, daß eine um 30 bis 40° höhere Temperatur angezeigt wird als die umgebende Luft tatsächlich hat. Das einzige brauchbare Instrument ist das von Aßmann eingeführte Aspirationspsychrometer; es besteht aus zwei empfindlichen Thermometern, deren untere Hälften von Metallröhren umgeben sind. Durch einen kleinen im Kopf befindlichen und durch ein Uhrwerk getriebenen Ventilator wird ein Luftstrom erzeugt, der unten eintritt; dadurch werden die Röhren so abgekühlt, daß den Thermometergefäßen keine Wärme durch Strahlung zugeführt werden kann. Man berechnet dann den Feuchtigkeitsgehalt der Luft aus der Temperaturdifferenz, die die Thermometer zeigen, da das eine unten mit Musselin umwickelt und angefeuchtet wird und infolge der Verdunstungskälte niedriger steht als das andere. Im allgemeinen sinkt die Temperatur beim Emporsteigen; nimmt man aus zahlreichen Beobachtungsreihen das Mittel, so findet man, daß der Temperaturgradient, d. h. die Abnahme der Wärme in einer 100m dicken Luftschicht, in den untern Regionen der Atmosphäre, in denen eine starke Verdichtung des Wasserdampfes stattfindet, 0,5 bis 0,6° beträgt, daß er nach oben zunimmt und sich dem Werte 1° nähert. Die Wolken entstehen dadurch, daß aufsteigende Luftmassen sich in höhern Luftschichten infolge der mit der Druckabnahme verbundenen Ausdehnung und dem dabei erfolgenden Wärmeverbrauch abkühlen; sinkt die Temperatur dieser Luft unter den Taupunkt, so erfolgt eine Kondensation des in ihr enthaltenen Wasserdampfes, und es entsteht ein Nebel oder eine Wolke. Die obere Wolkendecke überrascht, wie der Vortragende an einer Reihe von Lichtbildern zeigte, die während mehrerer vom Kölner Klub für Luftschiffahrt veranstalteten wissenschaftlichen Höhenfahrten, an denen er teilnahm, aufgenommen wurden, namentlich bei Sonnenschein durch die Schönheit der Formationen. Die Disposition zur Höhenkrankheit, die sich in schläfriger Mattigkeit, Energielosigkeit und Atemnot äußert, ist selbst bei ein und demselben Luftfahrer bei verschiedenen Höhenfahrten ungleich. Der Körper muß gut ausgeruht sein; die Fahrt ist so einzurichten, daß starke Wärmeabgabe des Körpers möglichst vermieden wird. Die großen Druckunterschiede innerhalb und außerhalb des Körpers sind ohne Einfluß; lediglich der Mangel an Sauerstoff ruft die Erscheinungen hervor. In 5000 bis 6000m Höhe muß die Einatmung von Sauerstoff einsetzen, der in Stahlflaschen mitgenommen wird. Man rechnet für die Person in der Minute einen Verbrauch von etwa 3,5 Litern. — Der Vortragende erntete für seine Ausführungen, die durch hübsche Experimente und Lichtbildern erläutert wurden, den lebhaften Dank der zahlreich erschienenen Zuhörer.

Luftfahrt.

⊸ **Düsseldorf**, 18. Dez. (Telegr.) Als Sieger bei der gestrigen Zielfahrt des Niederrheinischen Vereins für Luftschiffahrt wurden folgende Ballonführer bestimmt: den ersten Preis erhielt Amtsrichter Kröger-Gelsenkirchen, den zweiten Fabrikant Blanckertz jr.-Düsseldorf, den dritten Konsul Stollwerck-Köln.

Theater und Musik.

♪ **Barmen.** Wilhelm Rose, ein ehemaliger, jetzt als Bankdirektor in Osnabrück wohnender Mitbürger, hat dem Stadttheater den Erstling seiner dramatischen Muse in Gestalt eines fünfaktigen Schauspiels Der Kaufmann zugeführt. Der aus kleinen Anfängen emporgekommene Maschinenfabrikant Biesendahl ist in große geschäftliche Schwierigkeiten geraten. Aus diesen wird er dadurch gerettet, daß sein Buchhalter Karl Frenzel — der Kaufmann — Teilhaber und Reorganisator des Betriebs und gleichzeitig Bräutigam der ältern Tochter Anna wird, nachdem er irrtümlich in den ersten vier Aufzügen die jüngere, schöne und kokette Irmgard geliebt, deren Läuterung durch die ernsten Ereignisse der Zuschauer übrigens auch noch erlebt. Die Bezeichnung Schauspiel deckt den Inhalt des Werkes kaum; es stecken eher Keime zu einem Volksstück darin, und einzelne Szenen erinnern an gute Vorbilder dieser Gattung. Im ganzen ist Rose indes nicht über gewisse Typen herausgekommen, deren Bekanntschaft man sehr häufig zu erneuern Gelegenheit hat. Die Sprache ist nicht gerade wählerisch und verschmäht zugunsten einer Augenblickswirkung auch das Derbe und Schwankhafte nicht, während anderseits eine oft und breit vorgetragene alltägliche Lebensweisheit ebenfalls nicht geeignet ist, den geistigen Stand des Stückes zu heben. Die dramatische Technik hat dem Verfasser noch manches Geheimnis vorenthalten; vor allem wird die Gelegenheit zu wirksamen Aktschlüssen versäumt. Das Beste enthält der dritte Aufzug; hier spürt man in der Schilderung kaufmännischer Verhältnisse den erfahrenen, sachkundigen Mann, und hier ist auch eine erfreuliche, durchdachte und anziehende Entwicklung vorhanden. Der Schlußakt wurde dem bis dahin recht freundlichen Erfolge gefährlich, weil der Umschwung in Frenzels Neigung die Zuschauer statt zur Rührung zur Heiterkeit stimmte — eine Wirkung, die Rose mit wachsender Erfahrung zu vermeiden wissen dürfte. Gespielt wurde unter der Verantwortung von Michael Pichon vortrefflich. Er selbst schuf in dem alten Frenzel eine hübsche Rolle, auch Maria Regina und Ludwig Gürtler waren sehr zu loben. Nach dem zweiten und dritten Akt wurde der Dichter lebhaft gerufen.

✕ **Berlin.** Das vierte Philharmonische Konzert war Beethoven gewidmet, eine wahre Wohltat nach der Liszt-Epidemie der letzten Zeit. Das Beste des Abends bot wohl, so hoch man Nikischs Interpretation der Eroica auch einschätzen muß, Artur Schnabel mit dem Vortrag des G-dur-Klavierkonzerts; für Schnabels delikates, auf jede Äußerlichkeit verzichtendes Spiel bot dieses vielleicht entzückendste aller Beethovenschen Konzerte ein ganz wunderbares Betätigungsfeld. Mit einem glücklich zusammengestellten Programm wußte der Pianist Joseph Lhévinne eine große Zuhörerschaft um sich zu sammeln. Zu Ehren des Publikums, das ihm einen überreichen Beifall zollte, wollen wir jedoch annehmen, daß dieser nur dem allerdings hervorragenden Virtuosen galt, denn sowohl die im Konzert so selten gespielte E-dur-Sonate Werk 101 von Beethoven als auch die Brahmsche F-moll-Sonate ließen für den Musiker so ziemlich alle Wünsche unerfüllt; bei einzelnen Stücken des Schumannschen Karnevals und namentlich in einem echt Liszt'schen Variationenwerk über Robert den Teufel befand der Spieler sich mehr zu Hause. Einen ungleich tiefern Eindruck hinterließ Waldemar Lütschg mit den Paganini-Variationen von Brahms, und auch Artur Rubinstein, der eine nicht uninteressante neue Sonate von Karl Szymanowski vortrug, wußte zu fesseln. Helene Zimmermann veranstaltete mit der Sängerin Lolo Barnay einen Schumann-Abend, in dem sie die C-dur-Phantasie und die sinfonischen Etüden mit guter Technik, aber ohne die gerade für Schumann so erforderliche poetische Vertiefung zum Vortrag brachte; sie und auch die Sängerin fanden viel Beifall. Auch Toni v. Grothe zeigte schöne Stimmittel, denen allerdings die Gesangstechnik noch nicht so ganz entspricht. Sehr hoch muß man es dem trefflichen Heßquartett anrechnen, daß es an seinem letzten Abend auf das D-moll-Streichquartett von Cherubini zurückgriff. Das war wieder einmal eine Musik, die dem Zuhörer keine Rätsel aufgab, ihn aber dafür mit ihrem Melodienreichtum und Wohlklang ganz gefangen nahm. Ähnliche Empfindungen weckte ein Trio-Abend von Schnabel, Flesch und Gerardy; ihre Ausführung des D-dur-Trios von Beethoven war ganz meisterhaft.

Kleine Mitteilungen.

Der Neußer a cappella-Chor (Leitung Dr. Kunsemüller) gab dem 25. Musikabend eine weihnachtsfestliche Vorstimmung durch den tadellosen Vortrag von Mozarts Ave verum, der Marienlieder von Brahms und verschiedener altböhmischer Weihnachtslieder. Einen feinen Kunstgenuß verdankte man der Geigerin Thérèse Laurent aus Paris, die vor allem mit französischen Kompositionen entzückte; ihre Schwester war ihr eine treffliche Begleiterin. — In dem letzten Konzert des Musikinstituts in Koblenz sang nicht Frl. Lindberg, sondern Frl. A. Litterski die Sopranpartie. — In Remscheid sind, dank der finanziellen Unterstützung durch die Stadt und der künstlerischen Initiative des Kunstvereins, drei volkstümliche Konzerte eingerichtet worden, von denen das erste unter Rob. Laugs und mit Julius vom Scheidt einen sehr erfolgreichen Wagnerabend bildete. — In Weilburg hat sich unter Leitung der Frau Milly Jüngst ein Damengesangverein gebildet, der sich letzthin mit schönem Erfolg hören ließ. Als Solistinnen wirkten die Damen Alice Ogse (Sopran) und Else Kreuzberg (Alt). — Der Liederkranz in Eschweiler veranstaltete unter Musikdirektor Müller unter Mitwirkung der Frau Schmeling (Gesang), der Herren Apel (Violine) und Lauche (Cello) einen wohlgelungenen Lieder- und Kammermusikabend.

Nachrichten aus Westdeutschland.

⊼ **Düsseldorf**, 18. Dez. (Telegr.) Im Vororte Mörsenbroich stießen zwei Automobile zusammen, das der Firma Hirsch aus Essen und des Fabrikanten Hasenklever von hier. Frau Hasenklever ist tot, mehrere Personen sind schwer verletzt.

⊼ **Düsseldorf**, 18. Dez. Ein Lehrer in Elberfeld war vom dortigen Gemeindevorstande zur Zahlung von Müllabfuhrgebühren herangezogen worden. Im Wege der Klage behauptete er vor dem Bezirksausschusse, daß er, als Lehrer von der Kommunalsteuer befreit, auch keine Müllabfuhrgebühren zu zahlen habe. Die Müllabfuhr stelle eine Belastung der Wohnung dar, die in der Gewährung des Wohnungsgeldzuschusses nicht berücksichtigt sei. Der Bezirksausschuß wies die Klage ab mit der Begründung, daß die Müllabfuhrgebühren nicht als direkte Kommunalabgaben anzusehen seien, sondern als Entschädigung für besondere Leistungen zu zahlen seien. Die Stadt sei deshalb zu ihrer Erhebung auch bei den von den Kommunalabgaben befreiten Personen berechtigt.

⊙ **Wipperfürth**, 18. Dez. Wie das hiesige Amtsblatt erfährt, soll die geplante Eisenbahn Wipperfürth-Berg.-Gladbach vom Staatsbahnhof in Wipperfürth aus über Kluse in das Schwarzbachtal, an Ober-, Mittel- und Niederschwarzen vorbei nach Fürth in das Sülztal und dann über Kürten nach Berg.-Gladbach geführt werden. Bei Kluse wird ein Tunnel von etwa 300m Länge gebaut. — Nach einer Mitteilung der Kgl. Eisenbahndirektion in Elberfeld soll die Teilstrecke Immekeppel-Hommerich der neuen Eisenbahnlinie Immekeppel-Lindlar als Nebenbahn mit den Bahnhöfen Obersteeg und Hommerich am 2. Januar 1912 eröffnet werden.

△ **Elberfeld**, 18. Dez. (Telegr.) Im Anschluß an einen Vortrag der Sekretärin der Kaufmännischen Verbände für weibliche Angestellte, Frl. Meta Gadesmann-Düsseldorf, über Berufsberatungsstellen für Frauen wurde hier die Gründung einer solchen Stelle beschlossen. Sie soll Ende Januar ins Leben treten, damit sie den Mädchen dienen kann, die Ostern die Schule verlassen. Der Beratungsstelle, die die Frauen in einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Beruf überleiten und zugleich einer Überfüllung einzelner Berufe sowie dem Mangel an Arbeitskräften in andern Berufen vorbeugen will, soll eine Lehrstellenvermittlung angegliedert werden.

✕ **Sinzig**, 18. Dez. Die Stadtverordneten haben beschlossen, von einem Anschluß der Sadt an die geplante Überlandzentrale für den Regierungsbezirk Koblenz unter den geteilten Bedingungen abzusehen. Dem Ersuchen der Regierung zu Koblenz, zur Feststellung des Preises für Schweinefleisch Probeschlachtungen vorzunehmen, stimmten die Stadtverordneten nicht zu, da der Preis hier nicht zu hoch sei.

(*) **Mayen**, 18. Dez. Ein Teil der Grubenbesitzer hatte, mit dem für den Ankauf des Steinabfallmaterials durch die Bahn festgesetzten Preise unzufrieden, eine lebhafte Agitation gegen die vor einem Jahre von den Stadtverordneten beschlossene Industriebahn ins Werk gesetzt und dabei die Stadtverwaltung scharf angegriffen. Die Stadtverordneten mißbilligten in ihrer letzten Sitzung das Vorgehen der Grubenbesitzer, billigten hingegen das der Stadtverwaltung, von dem sie feststellten, daß es sachgemäß und von der Sorge für das Gemeinwohl und die Steinindustrie im besondern geleitet sei. Die verstärkte Bahnkommission soll prüfen, ob ein weiteres Entgegenkommen gegen die Forderungen der Grubenbesitzer möglich sei, und dadurch einen Ausgleich der Interessen herbeizuführen suchen.

⌅ **St. Goarshausen**, 18. Dez. In einer vom Landrat Berg geleiteten Versammlung wurde die Strecke der geplanten Rheinuferstraße von hier bis Braubach besprochen. Es wurde vorgeschlagen, sie nicht den Rhein entlang zu führen, sondern den kürzern Weg durch das Wellmicher und Dalheimer Tal an Dalheim vorbei über die Höhe mit dem Anschlusse an die Straße von Dachsenhausen nach Braubach. Doch wird erwartet, daß die beteiligten Gemeinden mindestens ein Drittel der Baukosten übernehmen und freien Grund und Boden bewilligen. Vertreter der Domänenverwaltung und des Forstfiskus sicherten unter Umständen die Unterstützung des Planes zu.

Kaiserslautern, 18. Dez. (Telegr.) Nach einer Meldung der Pfälzischen Presse hat sich ein dreizehnjähriger Realschüler aus Mannheim wegen seines schlechten Zeugnisses erhängt. Sein Vater ist deswegen wahnsinnig geworden.

L Eine neue Ortsgruppe des Eifelvereins ist kürzlich in Chikago gegründet worden. Die dort wohnenden „Eifler" wollen erfreulicherweise das Gedächtnis der schönen Eifel festhalten und pflegen in einem Eifelverein.

L Im Kyllwald, in der Nähe von Neustraßburg, fand man vor einigen Tagen ein Bruchstück eines römischen Meilensteines, das aus der Erde herausragte. Der Direktor des rheinischen Provinzialmuseums ließ Nachgrabungen an der Fundstelle vornehmen. Man stellte, nach Mitteilung des Eifelvereins, fest, daß es sich um einen römischen Meilenstein aus dem dritten Jahrhundert handelt. Der Stein soll ganz ausgegraben und dem Trierer Museum zugesandt werden. Weitere umfangreichere Nachgrabungen sind angeordnet worden.

L Die Neubauten der durch die Hochwasserkatastrophe des vergangenen Jahres im Kreise Adenau zerstörten Brücken sind im Lauf dieses Sommers vollendet worden. Den Bau von sechzehn Brücken, darunter acht Ahrbrücken, hatte die Kreisverwaltung übernommen. Der Kreis hatte zur örtlichen Bauleitung einen erfahrenen Brückenbauingenieur angestellt. Die Gesamtkosten betrugen, wie der Eifelverein berichtet, 447 779 ℳ. Davon haben Stadt und Provinz je ein Drittel getragen, während ein Drittel der Kosten auf die beteiligten Gemeinden entfällt. Zur Erleichterung der den Gemeinden obliegenden Last ist ein Teil der aufgekommenen Privatsammelgelder verwendet worden. Die Ausführung der einzelnen Bauwerke ist dem Landschaftsbild angepaßt. Eine Reihe kleinerer Brücken (im ganzen waren im Ahrkreis fünfundzwanzig Brücken zerstört) sind mit Beihilfe von Staat und Provinz ebenfalls wieder hergestellt worden.

Arbeiterbewegung.

* Aus **Rheinbrohl** schreibt uns die Aktiengesellschaft für Verzinkerei und Eisenkonstruktion vorm. Jakob Hilgers: In unserer Fabrik ist ein Streik der organisierten Arbeiter ausgebrochen, veranlaßt durch die unserseits erfolgte Entlassung eines der organisierten Leute, der zu wiederholten Malen einen der Organisation ferngebliebenen Arbeiter außerhalb der Fabrik belästigt und ihn schließlich bei der Arbeit mit einer Eisenstange mißhandelt hatte. Obwohl die Angelegenheit durch die Fabrikleitung eingehend geprüft und die Schuld des entlassenen organisierten Arbeiters festgestellt war und obgleich das Ergebnis der Untersuchung den Arbeitern zur Kenntnis gebracht wurde, glaubten die organisierten Arbeiter doch durch die Einreichung ihrer Kündigung einen Druck auf die Fabrikleitung dahin ausüben zu können, daß der entlassene Arbeiter wieder eingestellt würde, was uns selbstverständlich unmöglich war.

Vermischtes.

W **Berlin**, 18. Dez. (Telegr.) Aus Nahrungssorgen versuchte der 28jährige Mechaniker Paul Müller im Einvernehmen mit seinen Angehörigen, sich, seine Frau, seine beiden Kinder und seinen Bruder mit Gas zu vergiften. Die Nachbarn, die durch den Gasgeruch aufmerksam geworden waren, drangen in die Wohnung ein und riefen einen Arzt herbei, der alle ins Leben zurückrief. Ihr Zustand ist sehr bedenklich. Müller wurde als Polizeigefangener in die Charité gebracht.

W **Geestemünde**, 18. Dez. (Telegr.) Auf dem Bahnhofe Bremervörde fuhr heute früh 7 Uhr ein Rangierzug einem von Geestemünde einlaufenden Güterzuge in die Flanke. Gegen 12 Wagen des Güterzuges wurden stark beschädigt oder zertrümmert. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

‡ **Esch** (Luxemburg), 18. Dez. (Telegr.) Hier wurde heute morgen der 25jährige Schennel, der mit zwei Arbeitern ruhig des Weges ging, von einem aus einem Hause stürzenden Manne ohne Veranlassung auf der Stelle totgestochen.

⊼ **Brüssel**, 17. Dez. Im Festsaal der Deutschen Schule hat Franziska Ellmenreich heute für die kleinen, abends für die großen Mitglieder der deutschen Kolonie Märchen vorgelesen. Mit altgewohnter Meisterschaft gab sie Zeugnis von der wunderbaren Kraft und Tiefe der germanischen Märchenwelt; erfreut und und ergriffen dankten ihr die für solche Äußerungen des Heimatgeistes besonders empfänglichen Auslanddeutschen. Clara Werdermanns reizende Kinderlieder trugen viel zum Erfolg des Abends bei.

Karl May gegen Lebius.

△ **Berlin**, 18. Dez. (Telegr.) Mit dem Streitfall zwischen dem bekannten Reiseschriftsteller Karl May und dem Redakteur Rudolf Lebius hatte sich heute in einer Sitzung, die den ganzen Tag ausfüllte, die 4. Strafkammer des Landgerichts 3 unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ehrecke zu beschäftigen. Rudolf Lebius hatte sich wegen Beleidigung zu verantworten; er hat in einem Briefe an die Hofopernsängerin Frl. vom Scheidt in Weimar Karl May einen „geborenen Verbrecher" genannt. Er wurde durch den Rechtsanwalt Bredereck-Berlin verteidigt. Karl May, der persönlich erschienen war, hatte den Justizrat Sello und den Rechtsanwalt Nettke-Dresden zu Rechtsbeiständen gewählt. Dieselbe Sache hatte schon einmal das Charlottenburger Schöffengericht beschäftigt. Damals war Lebius, weil ihm der Wahrheitsbeweis nach Ansicht des Gerichts teilweise gelungen war, und auch auf Grund des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) freigesprochen worden. Bei dieser Verhandlung hatte sich jedoch ein eigenartiger Zwischenfall ereignet. Das Gericht hatte sich zur Beratung über eine Reihe von Beweisanträgen zurückgezogen, die darauf hinausliefen, daß May erhebliche Strafen erlitten habe und auch ein literarischer Verbrecher sei. Als das Gericht in den Sitzungssaal zurückgekehrt war, wollte der Amtsgerichtsrat Wensels sogleich das Urteil verkünden, und er hatte auch schon mit der Verlesung des Tenors begonnen. Dieses Urteil lautete auf 15 ℳ Geldstrafe. Die Verlesung wurde jedoch vom Verteidiger unterbrochen, der erklärte, noch nicht plädiert zu haben. Das Gericht nahm darauf das Plädoyer entgegen, zog sich abermals zurück und gelangte nun zur Freisprechung. In der heutigen Verhandlung machte der Vorsitzende zunächst einen Vergleichsversuch, der indessen an dem Widerspruch des Beklagten Lebius scheiterte. Lebius trat nunmehr den Wahrheitsbeweis an, den er stützte einmal durch die Strafen, die May erlitten hat, dann durch die Straftaten, die er begangen habe, ohne dafür gerichtlich bestraft zu sein, dann durch seine pathologische Lügenhaftigkeit, durch die unberechtigte Führung des Doktortitels, durch seine unwahren Angaben über seine Sprachkenntnisse, durch die Tatsache, daß er zu gleicher Zeit unzüchtige und fromme Bücher geschrieben habe, dadurch, daß er in seinen Schriften schwindelhafterweise die Erzählungen als eigene Erlebnisse hinstelle, daß er die Kenntnis von Land und Leuten vorgab, die er nie mit Augen gesehen habe, dadurch, daß er ein literarischer Plagiator sei, dadurch, daß er bei der Ehescheidung durch spiritistische Schwindelmanöver seine erste Frau benachteiligt habe, und schließlich dadurch, daß er noch in den letzten zehn Jahren Diebstahlsgelage gezeigt habe. Das Gericht beschränkte die Beweisaufnahme im wesentlichen auf die Frage, ob dem Beklagten der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugebilligt werden müsse. Das Urteil lautete dahin, daß das erstinstanzliche Urteil aufgehoben und Lebius wegen Beleidigung nach § 85 zu einer Geldstrafe von 100 ℳ, eventuell zu 20 Tagen Gefängnis verurteilt werde. Der § 193 stehe dem Beklagten nicht zur Seite. Das Gericht habe in den Worten „geborener Verbrecher" eine sehr schwere Beleidigung gefunden. Bei der Abmessung der Strafe habe der Gerichtshof einmal die Schwere der Beleidigung, dann aber auch die Erregung des Beklagten infolge jenes langen Streites mit dem Kläger in Erwägung gezogen. Es sei noch zu bedenken, daß der Beklagte als gewandter Schriftsteller eine andere Form seiner Worte hätte finden können.

Erdbeben.

Über ein Erdbeben entnehmen wir dem in Windhuk erscheinenden Südwestboten folgendes: Ein Erdbeben versetzte in der Nacht zum 9. November die Bewohner Windhuks und der Umgebung in einige Aufregung. Eine Minute vor Mitternacht verspürte man plötzlich eine in südnördlicher Richtung verlaufende wellenförmige Bewegung des Bodens, die etwa zwei Sekunden anhielt. In den Häusern klirrten die Fenster und Dächer infolge der ziemlich heftigen Erschütterung, die von einem schwachen unterir